



AFRIKA/MADAGASKAR - Die politische Krise in Madagaskar befindet sich in einer neuen Etappe

Antananarivo (Fidesdienst) – Der Premierminister von Madagaskar, Brigadegeneral Albert Camille Vitalis, reichte am gestrigen 17. Oktober beim Übergangspräsidenten Andry Rajoelina seinen Rücktritt ein und entsprach damit den Vereinbarungen, die am 15. Oktober durch die Mittlertätigkeit des südafrikanischen Außenministers Marius Fransman getroffen und von fast allen Parteien des Landes unterzeichnet wurden. Die Vereinbarungen legen einen Kalender für die Umsetzung der so genannten „road map“ fest, die bereits am 16. September 2011 unterzeichnet wurde. Danach soll bis zum 1. November ein Premierminister ernannt werden, der die Zustimmung aller erhält. Sodann sollen bis zum 17. November eine Regierung und ein Übergangsparlament gebildet werden. „Die verschiedenen politischen Kräfte in Madagaskar haben zwar Vereinbarungen zur Umsetzung der road map getroffen, doch jeder legt sie auf seine Art aus“, so ein Mitarbeiter von „Radio Don Bosco“ zum Fidesdienst. „Alle sind sich zum Beispiel einig über Notwendigkeit der Ernennung des Premierministers, doch über die Modalitäten der Ernennung hat jeder eine eigene Ansicht. Die so genannten drei „Bewegungen“ („mouvances“) der ehemaligen Präsidenten Marc Ravalomanana, Didier Ratsiraka und Albert Zafy vertreten die Ansicht, dass der Premierminister von ihnen ernannt werden soll. Die anderen politischen Komponenten des Landes wollen auch dabei mitreden und präsentieren ebenfalls drei Namen, aus denen der Premierminister ausgewählt werden soll“, so der Beobachter. „Das Problem besteht darin, dass seit Ausbruch der Krise zu den anfänglich vier „mouvances“, des jetzigen Staatsoberhauptes (dessen Legitimität die internationale Staatengemeinschaft in Frage stellt) und den drei Bewegungen, die die ehemaligen Präsidenten unterstützen, 10 oder 12 weitere hinzugekommen sind, was die Lage noch komplizierter macht“.

Auf sozialer Ebene führt die Krise zu einer Zuspitzung der bereits prekären Lebensbedingungen der Bevölkerung. „Die Armut wächst und Krankheiten verbreiten sich rasch infolge eines Mangels an Medikamenten und ärztlicher Versorgung. Den Menschen geht es schlecht und sie wünschen sich, dass die politische Krise endlich überwunden wäre“, so der Beobachter abschließend. (LM) (Fidesdienst, 18/10/2011)